

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.
Kleinstes Seltung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 3 Mk. ohne Steuern. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Konto Nr. 3. — Postkontokonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die in der ersten Spalte des Blattes unterhalb der Amtshauptmannschaft 7 Pf., im amtlichen Teil (aus von Behörden) die Zeile 200 Pf. — Einzelne und Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 221

Mittwoch den 21. September 1921

87. Jahrgang

Das im Grundbuch für Dippoldiswalde Blatt 46 auf den Namen der verstorbenen Anna Marie verehel. Salzer verw. gew. Schulte geb. Wiebe eingetragene Grundstück soll am 11. November 1921 vormittags 9 Uhr an der Gerichtsstelle zum Zwecke der Aufhebung der Erbengemeinschaft im Wege der Zwangsversteigerung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 4,8 Ar groß und auf 26 000 M. — Pf. geschätzt. Es ist in Dippoldiswalde am Markt Nr. 46 gelegen, besteht aus Wohngebäude mit Keller, 2 Anbauten, Stallgebäude, Hinterwohngebäude mit Pferdehalm, einen zum Teil auf dem Flurstück Nr. 37 — Blatt 835 des Grundbuchs — errichteten Regelhausgebäude und ist mit 195,39 Steuerseinheiten belegt. Die Brandlaste beträgt nach Kriegsschätzung 18 820 M. Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet.

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 11. August 1921 verlautbarten Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von

Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Versteigerung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Dippoldiswalde, den 14. September 1921. 3a 3/21. 2. Das Amtsgericht

Donnerstag den 22. September d. Ja. vorm 10 Uhr sollen im Gasthof „zum Jägerhaus“ in Naundorf folgende Gegenstände als: 18 Wurzelbärsten, 21 Fensterbärsten, 16 Dixd versch. Maler-Farben sowie ein Posten Bärstenwaren versch. Art öffentlich gegen Barzahlung versteigert werden.

Dippoldiswalde, den 20. September 1921. Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Die Versorgung der Kriegssopfer

Den Hauptversorgungsämtern und Versorgungsämtern liegt die Durchführung der Versorgung der früheren Angehörigen der deutschen Wehrmacht und ihrer Hinterbliebenen bei Dienstbeschädigung auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes vom 12. Mai 1920 und der älteren Versorgungsgeetze im Verwaltungsbereich ob. Die Hauptversorgungsämter sind die zurzeit noch bestehenden Marineversorgungsämter Kiel und Wilhelmshaven und dem Reichsarbeitsministerium unmittelbar, die Versorgungsämter den betreffenden Hauptversorgungsämtern unterstellt.

Hauptversorgungsämter befinden sich in folgenden Orten: Berlin (Hauptversorgungsämter Berlin und der Provinz Brandenburg), Königsberg i. Pr., Stettin, Magdeburg, Liegnitz, Breslau, Münster, Koblenz, Altona, Hannover, Kassel, Dresden, Stuttgart, Karlsruhe, Gera, Weimar, Danzig, Frankfurt a. M., Leipzig, Allenstein, Saarbrücken, München, Würzburg und Nürnberg.

Im Bereich des Hauptversorgungsamts Dresden gehören die Versorgungsämter Bautzen, Dresden, Götha, Freiberg, Großenhain, Lebau, Meissen, Pirna und Jittau.

Die Hauptversorgungsämter sind zurzeit noch zuständig für die Entscheidung in allen Angelegenheiten der Kapitalabfindung für die Umanerkennung der Bezüge der Kriegsbefähigten mit der sich aus nachfolgendem Absatz ergebenden Einschränkung sowie für die Umanerkennung der Hinterbliebenenbezüge nach dem Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920, für die erstmalige Feststellung von Hinterbliebenenangehörigen, die sich auf einen vor dem 1. April 1920 eingetretenen Todesfall stützen, und für die Versorgung und Rekurrsangelegenheiten. Für die Bearbeitung und Entscheidung aller übrigen Versorgungsangelegenheiten sind die Versorgungsämter zuständig.

Zur Beschleunigung der Umanerkennung der Versorgungsgebühren der Beschädigten ist vom Reichsarbeitsministerium unterm 5. August 1921 angeordnet worden, daß die Arbeiten ausschließlich, spätestens aber bis 1. Januar 1922 auf die Versorgungsämter überzuleiten sind.

Verordnung auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes und der früheren Gesetze wird nur auf Antrag gewährt. Für die Umanerkennung, die von Amts wegen erfolgt, bedarf es eines Antrages nicht. Die Anträge sind schriftlich zu stellen oder mündlich zu Protokoll bei dem örtlichen zuständigen Versorgungsamt zu geben, auch wenn für die Entscheidung das Hauptversorgungsamt zuständig ist.

Am 1. September 1921 ist die bisher den Dienstverordnungsbehörden obliegende Anweisung u. a. der zahlbaren Militärdpensionen und Versorgungsgebühren auf die Versorgungsbehörden übergegangen. Die Anweisung u. a. erfolgt nun bei den nach dem Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920 und nach dem Dienstverordnungsgezet vom 18. Juli 1921 bewilligten Bezügen durch die Versorgungsämter und bei den nach den übrigen Militärvorsorgungsgeetzen bewilligten Gebührengeldern durch die Hauptversorgungsämter. In der Abhebung der Gebühren bei den zahlenden Rassen tritt hierdurch keine Veränderung ein. Ueber die neuen Anschriften der bisherigen Dienstverordnungsbehörden gibt jede Versorgungsbehörde amtlichen Hauptfürsorgestellen oder Fürsorgestellen auf Wunsch bereitwillig Auskunft. Bis zum Bekanntwerden der neuen Anschriften können Schreiben an ehemalige Dienstverordnungsbehörden auch unter ihrer, dem Versorgungsberechtigten bekannten bisherigen Anschrift abgehandelt werden.

Örtliches und Sächsisches

Die 5. Klasse der 179. Sächs. Landeslotterie wird vom 3. bis 29. Oktober gezogen.

Am morgigen Mittwoch werden die Stern-Lichtspiele wieder eine Vorstellung veranstalten. Auf dem Programm stehen Henry Porten in einem Lustspiel und Lotte Neumann in einem Schauspiel.

Das Rauchverbot in der Eisenbahn. Die Raucherstube sind sämtlich durch Beschilderung kenntlich gemacht und ohne besondere Maße aufzufinden. Unbedingt verboten ist das Rauchen in den Nichtraucher- und Frauenabteilen, sowie in den Gängen der, wenn auch nur zum Teil, für Nichtraucher bestimmten Durchgangswagen in den D-Zügen. Uebertretungen dieser Bestimmungen werden jetzt ohne Ansehung der Person scharfer als bisher verfolgt und zehnen empfindliche Bahnpolizeistrafen nach sich, wenn nicht sogar bei Feststellung absichtlicher Verstöße gegen das Rauchverbot Ausschluß von der Weiterfahrt erfolgt. Wer sich vor Schaden bewahren will, beachte also die bekannten Bestimmungen, und wir werden auf unseren deutschen Eisenbahnen

im Reiseverkehr bald wieder die mustergültige Ordnung wie ebendem haben.

Infolge der nach dem Gesetz vom 18. März 1921 vorzunehmenden Zurückführung aller nach dem 31. Dezember 1918 im ordentlichen Verfahren erfolgten Schätzungen auf die Friedensbaupreise von 1914 ist eine Fertigstellung der Bestlisten der Gebäudeversicherungs-Abteilung bis zum diesjährigen Oktobertermin nicht möglich. Die Brandversicherungskammer hat daher beschloffen, für die Gebäudeversicherungs-Abteilung diesen Termin ausnahmsweise auf den 1. Nov. d. J. zu verschieben. Dagegen werden für die Mobiliarversicherungs-Abteilung die Versicherungsbeiträge am 1. Okt. d. J. erhoben.

Infolge des Ueberganges der wesentlichen Steuerquellen vom Staate und Gemeinden an das Reich befinden sich zahlreiche Gemeinden, besonders in Sachsen, in starker finanzieller Bedrängnis. So wurde kürzlich aus Buchholz gemeldet, daß die dortige Stadtverwaltung nicht mehr so viel Gelder hatte, daß sie die fälligen Gehälter bestreiten konnte und daß sie sich deshalb mit einem Kotschrei an die Regierung wenden mußte. Ueber die Ursachen dieser Finanznot wird dem „Sächsischen Zeitungsdienst“ von zuständigem amtlicher Stelle berichtet: Aus den Erträgen der Reichseinkommensteuer sollen bekanntlich Staat und Gemeinden je ein Drittel Anteil zurückerhalten. Ebenso hat das Reich an die Länder und Gemeinden einen Anteil zu den Aufwendungen für die Erwerbslosenfürsorge zurückzuführen. In beiden Punkten hat Sachsen andauernd darüber zu klagen, da hohe Ueberweisungen der Anteile durch das Reich nicht in dem wünschenswerten Tempo erfolgen. Sobald Ueberweisungen vom Reich in Sachsen eingehen, werden sie ungenutzt an die Gemeinden weitergeleitet. Die Wurzel des Uebels liegt darin, daß durch die Erzieherische Finanzreform den mit der Einzahlung betrauten Stellen zahlreiche neue Aufgaben aufgebürdet sind, ohne daß der Beamtenkörper entsprechend ausgebaut worden ist. Die einzelnen Stellen sind mit Arbeiten überhäuft. Eine Folge ist z. B., daß die Veranlagung zur Einkommensteuer 1920 erst zum Frühjahr 1922 fertig sein wird. Die Verzögerung muß natürlich zu großen Steuerausfällen führen, unter denen hauptsächlich das Land und die Gemeinden zu leiden haben werden.

Drachen! Nun geht allenthalben wieder der Wind über die Stoppeln. Es ist deshalb an der Zeit, daran zu erinnern, daß das Steigenlassen von Drachen in der Nähe der elektrischen Hochspannung untersagt ist. Alle Eltern werden gut tun, ihre Kinder und Pflinglinge zu warnen, da durch Verühren der Drähte durch die Fäden der Drachen das Leben der Kinder gefährdet werden kann.

Schmiedeberg. Mit einem gut besuchten Konzertabend trat am Sonntag der Schiller-Chor wieder an die Öffentlichkeit. Mit geschickter Hand hatte der Leiter des Chores, Herr Kantor Große, ein Programm zusammengestellt, das den Konzertbesuchern wirklich genussreiche Stunden darbot. Treffliche Ebdre wechselten ab mit Einzelsorträgen, für die sich besonders Fräulein Johanna Machner, sowie die Herren Lehrer Mildner und Söbner verdient machten. Aber auch die auf Humor gestimmten Seelen fanden Befriedigung in einigen Erzebigtsliedern zur Laute. Eine mustergültige Chordisziplin des Herrn Kantor Große führte zu dem Erfolge des Abends. Reicher Beifall lohnte die Darbietungen. Der etwaige Reinertrag des Konzerts soll der Rotenkasse des Vereins zufließen.

Tagesordnung für die öffentliche Schulvorstandssitzung zu Schmiedeberg Freitag den 23. September 1921 abends 7 Uhr in der Schulkassa: 1. Mitteilungen, 2. Schulversammlungsangelegenheiten, 3. Eingabe des Vereins für Nationalstenographie, Entschädigung für Ueberlassung eines Schulzimmers betr., 4. Wahl eines Fachlehrers für die Knaben-

fortbildungsschule an Stelle des Herrn Oberingenieur Haupt, 5. Ergänzungswahl für den Fortbildungsschulbeirat, 6. Angebot auf Sitzbänke, 7. Beschlußfassung über die neu aufzustellende Ortschulordnung, 8. Haushaltsplan auf 1921/22. — Hiernach nichtöffentliche Sitzung.

Reichstädt, 20. September. Heute vor 75 Jahren, zum Erntedankfest, hatte unsere Kirche seit 81 Jahren zum ersten Male wieder ein ordentliches Geläut. Seit 1815 hatte die 1712 hier eingeführte große Glocke einen Sprung und dadurch einen schlechten Klang. Diese und die kleine Glocke ließ man umgießen. Ueber 300 Taler waren dazu gesammelt worden. Am 6. September wurden die alten Glocken hier abgeholt, am 12. in Dresden umgegossen und am 17. kamen die neuen hier an, feierlich bereits in Pöfendorf durch diefige Einwohner in Empfang genommen. In den letzten Kriegsjahren mußten diese Glocken dem Vaterland zum Opfer gebracht werden und ein drittes Geläut ruft jetzt die Bewohner unseres Ortes zur Kirche und kündigt ihnen die Zeit.

Frauenstein. Der Dippoldiswalder Kreisverein für Innere Mission, der die Gemeinden des engeren Dippoldiswalder und Frauensteiner Kreises umfaßt, wird seine Jahresfeier diesmal im diefigen Bezirk abhalten, und zwar am Sonntag den 25. d. M. in Dittersbach. Der Gottesdienst, in dem Sup. Michael aus Dippoldiswalde predigen wird, findet vormittags 9 Uhr statt. Kindergottesdienst, von demselben gehalten, schließt sich 1/2 11 Uhr an. Nachmittags 1/2 4 Uhr ist Hauptversammlung im Gasthof zu Dittersbach, die reichlich ausgestaltet sein wird, als es sonst Hauptversammlungen zu sein pflegen. Das Geschäftliche wird nur kurze Zeit in Anspruch nehmen; dafür sollen die Anwesenden umso mehr in Wesen und Arbeit der Innern Mission eingeführt werden. Pfarrer Weweg aus Burkhardtsdorf wird einen Ueberblick über das weitverzweigte Gebiet der Inneren Mission geben und Sup. Michael, der seinerzeit Anstaltsgeistlicher im Diakonissenhaus und dem Frauenheim zu Vörsberg bei Leipzig war, wird aus seiner dortigen Arbeit vom Dienste rettender Liebe erzählen.

Ceßing. Das für den 25. September vom W.V.O. (Wintersport-Verein Ceßing) angelegte Weitgehen über ca. 12 Kilometer muß in letzter Stunde abgefragt werden. Dafür hält der Verein am 2. Oktober nochmals einen Dauerlauf über ca. 12 Kilometer ab Start und Ziel in Ceßing.

Kreisch. Für die am 9. Oktober d. J. stattfindenden Gemeinderatswahlen sind drei Wahlvorschläge beim Wahlkommissar eingegangen, beginnend mit den Namen Liste 1: Arthur Goldammer, Liste 2: Paul Freymark, Lagerhalter, Liste 3: Heinrich König, Tabakarbeiter. Liste 2 und 3 sind miteinander verbunden.

Pöfendorf. Die Freiwillige Feuerwehr zu Pöfendorf feierte am 4. September ihr 45 jähriges Bestehen. Viele Ehrengäste aus nah und fern waren erschienen, der Wehr Glückwünsche auszusprechen und das Fest mit zu feiern. Hauptmann Brühl begrüßte die Gäste und gab dann einen kurzen Rückblick auf die verfloffenen Vereinsjahre, dabei dankbar gedenkend der Gräber, vor allem des einzigen Ueberlebenden, Herrn Robert Legler, Pöfendorf, welcher 45 lange Jahre und heute noch im weißen Haar für die Freiwillige Feuerwehr wirkt und aktiv tätig ist. Bezirksvertreter Müller-Schmiedeberg beglückwünschte die Wehr namens des Bezirksverbandes und Stadtrat Vogel-Glashütte gedachte des Hauptmanns Brühl als langjährigen Führer der Wehr.

Dresden. Bürgermeister Dr. Mal, der noch am Sonnabend seine 25 jährige Zugehörigkeit zum Dresdner Rat unter allgemeiner Teilnahme feiern konnte, ist am Sonntag abend einem Herzschlag erlegen.

Bekanntlich hat in den letzten Tagen der Arbeitsminister Jäckel eine Verordnung betreffend die außerordent-

Nach wichtige Frage des Ueberstundenwesens, die gerade in der Gegenwart in ihren wirtschaftlichen Auswirkungen von allergrößter Bedeutung ist, erlassen, die in weiten Kreisen des Landes Bestrebungen erregt hat. Wie der Telemun-Sachsendienst erfährt, ist diese Verordnung nach einer Besprechung mit Vertretern der Gewerbeaufsichtsstellen der Gewerkschaften und des Textilarbeiterverbandes unter Ausschluß der Arbeitgebervertreter erlassen worden.

General Reinhardt, der der Landespolizei (der sogenannten grünen Polizei) seit ihrer Errichtung vorsteht, hat aus Gesundheitsrücksichten seine Entlassung und zugleich um seine Verurlaubung nachgesucht. Der erbetene Urlaub wurde ihm bewilligt, ebenso ist sein Entlassungsgesuch für den 31. 12. genehmigt worden.

Am Sonnabend nachmittag wurde in einem Gutstalle zu Dresden-Coschütz ein 19 Jahre alter Schweizer von einem wildgewordenen Ochsen mit den Hörnern ausgegabelt und zu Boden geworfen, als das Tier angebunden werden sollte. Darauf ist der Ochse, der sich den Rasenring ausgriffen hatte, auf den hilflosen Schweizer losgestürzt und hat ihn „gerammelt“. Der über zugerichtete und innerlich verlebte junge Mann wurde mit Unfallwagen nach dem Krankenhaus Friedrichstadt übergeführt.

Dresden. Im Ausstellungspalast, dessen Gelände noch im Schmucke der Dienstag zuvor geschlossenen Blumenausstellung prunkte, tagten von Sonnabend früh bis Montag nachmittag Sachsens Gemeindebeamten. Der Hauptversammlung des über 21 000 Mitglieder zählenden Bundes ging am Freitag eine Bundesausschussung voraus. Am nächsten Tage folgten die Hauptversammlungen der Wohlfahrtsvereine des Bundes, der Kranken-, Mobiliarbrandversicherungs- und Sterbefälle, sowie der verschiedenen Fachgruppen. An den Beratungen nahmen über 4500 Bundesmitglieder teil. Die Hauptversammlung am Sonntag wurde vom ersten Vorsitzenden, Verwaltungsinспекtor Wötcher—Dresden, geleitet und namens des Bundesauschusses herzlich begrüßt. Den Gruß der Dresdener Sächsischen Gemeindebeamten entboten Oberbaukommissar Dertel, den der Stadt Oberbürgermeister Dr. Blüher, den der Sächsischen Staatsregierung Ministerialdirektor, Geheimrat Schulze—Dresden und den des Deutschen Beamtendundes Ministerialrat Falkenberger—Berlin. Bürgermeister Dr. Eberle, Vorsitzender der Kredit-Anstalt sächsischer Gemeinden, sprach über die Besoldungsreform. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Neuordnung der Gemeindeverwaltung, Satzungsänderung, Bundesprogramm, Finanzangelegenheiten, Organisationsfragen, Gewährung von je 1000 M. Sterbegeld an Bundesmitglieder und ihre Ehefrauen. Als Ort der nächstjährigen Hauptversammlung ward einstimmig Döbeln gewählt, die Stadt, in der im Jahre 1873 der ehemalige Verein Sächsischer Gemeindebeamten gegründet wurde und der somit 1922 seine 50. Tagung am Gründungsort abhalten wird. Sonntag veranstalteten die Dresdener Gemeindebeamten für ihre Gäste einen großartigen Begrüßungsabend, bei dem das Dresdener Stadtorchester unter Musikdirektor Feiersitz trefflicher Leitung sowie Kammerjäger Ermold, Opernjäger Lange, die Sololängerin von der Sächsischen Landesoper Gerzer und der Gesangverein der sächsischen Beamten mitwirkten und vorzügliches boten. Die Dresdener Tagung, mit der man eine Ausstellung von Büroeinrichtungsgegenständen, Schreib- und Rechenmaschinen usw. verbunden hatte, war von einem guten Geiste, dem Gefühle der Zusammengehörigkeit, getragen und klang aus in der Treue zur Verfassung. Am heutigen Dienstag ist eine Dampferfahrt nach der Sächsischen Schweiz geplant, bei der Rückfahrt — aber sind Höhenbeleuchtungen in Aussicht genommen.

Leipzig. Offenbar unter dem Druck der Finanznot hat sich der Rat der Stadt entschlossen, den Festsaal des neuen Rathauses zu künstlerischen Darbietungen, die sich auf Gesang und sonstige Vorträge beschränken, für 750 M. für den Abend zu vermieten.

Neuhäusen. Die Erschließung des Schwarzenberges bei Neuhäusen für den Fremdenverkehr soll jetzt von den Erzgebirgsvereinen in die Wege geleitet werden. Der Schwarzenberg, 788 Meter hoch, ist leicht bestiegbar, insbesondere von Heidebach her, und bietet eine herrliche Rundschau über das sächsische Erzgebirge und bis zum Fichtel-, Keil- und Pöhlberg, nach Augustsburg u. a. m., so daß sich seine Besteigung sehr lohnt. Aufwendungen für Schaffung eines Aussichtsergusses oder Turmes sind nicht nötig, nur um einen ungehinderten Zugang zu seiner Kruppe handelt es sich zunächst. Das weitere wird die Ende dieses Monats in Geyer stattfindende Hauptversammlung des Erzgebirgsvereins zu beschließen haben.

Schwarzenberg. Die Miete wird wieder teurer! Vom Bezirksverband der Hausbesitzervereine in der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg wird geschrieben: Durch die fortwährende Geldentwertung und die dadurch bedingte dauernde Steigerung der Unterhaltungskosten und der fellweisen Erhöhung des Hypothekenzinsfußes, des Wassergeldes, der Grundsteuer und der Verandkaffe steht sich der Bezirksverband der Hausbesitzervereine in der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg gezwungen, ab 1. Januar 1922 die Miete im ganzen Bezirk so zu berechnen, daß die Ausgaben vollständig gedeckt werden. Eine nicht unwesentliche Steigerung wird dadurch eintreten müssen.

Kirchberg. Das hiesige zweite Ernährungsamt schließt seine Endrechnung einschließlich der Gehälter mit einem Gesamtverlust von über 137 000 M. ab. — Die Stadtverordneten haben erneut dem Rate das Gesuch des Gewerkschaftskartells auf Verstaatlichung des Beerdigungswesens, das dieser wegen der etwa 60 000 M. betragenden, ungedeckten Kosten abgelehnt hatte, überwiesen. Ferner genehmigten sie die Gewerbesteuer und die Wohnungslaststeuer und trafen dem Beschlusse des Schulausschusses auf Gründung eines Realschulverbandes, welcher die Kosten einer auf der hiesigen Selekte aufgetauten Realschule tragen soll bei. Für diesen Zweck sind von Fabrikanten und Kaufleuten bereits 110 000 Mark gezeichnet worden.

Orlana. Die Mehrheit des linksgerichteten Gemeinderates bewilligte 5000 M. für die russischen Arbeiter.

Röthendorf-N. Zwei Blismatzen mit 4 Jungen erlegte

Gutsbesther Liebling in Reihenbahn in seinem Teich. Die zwei Tiere haben eine Länge von 34 bzw. 36 cm.

Schneeberg. Die städtischen Körperschaften haben beschlossen, dem Bezirksverband zum Bau der Laspierre Aue—Niederbach—Stein 6200 qm Waldareal kostenlos abzutreten. Da bei diesem Straßenbau und bei dem Bau der Gasfernleitung Aue—Witz 50 Erwerbslose aus Schneeberg beschäftigt werden können, beträgt die Zahl der Erwerbslosen nur noch 8.

Geyer. Der Fehlbetrag des Haushaltsplans hat sich von 619 810 M. auf 663 810 M. erhöht. Zur Deckung soll u. a. zu Holzschlägen geschritten werden. 700 000 M. Schulden für den Rathausbau sind aus dem laufenden Fehlbetrag ausgeschlossen worden.

Stollberg. Der sozialdemokratische Schuldirektor Löcher wurde zum Stadtschulrat in Magdeburg gewählt.

Limbach. Die städtischen Kollegien berieten den städtischen Haushaltsplan. Das im Druck vorliegende Rechnungswerk schließt mit einem Fehlbetrag von nahezu 1 Million M. ab, für den eine Deckung nicht vorhanden ist.

Auerbach i. V. Der hiesige Amtsgerichts-Neubau soll bestimmt im Frühjahr 1922 begonnen werden.

— An Stelle der jetzt im Verkehr befindlichen, zum Teil unbrauchbar gewordenen Kleingeldscheine gelangen vom Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Auerbach auf kurze Zeit noch neue Notgeldscheine im Werte von 50 und 75 Pf. zur Ausgabe.

Plauen i. V. In Sachen des Streiks bei der Firma Hermann Lang hat das Landgericht Plauen auf Antrag der Firma die einstweilige Verfügung erlassen, daß es gegen Androhung einer Geldstrafe bis zu 1500 M. oder einer Haftstrafe bis zu 6 Monaten für jeden Fall der Zuwiderhandlung verboten ist, durch Streikposten oder in anderer Weise gewalttätig oder durch Drohungen und Beschimpfungen Arbeitswillige an der Arbeitsaufnahme zu verhindern. Ebenso ist es verboten, die Zufuhr und Abfuhr von Waren nach und von dem Betriebe der Antragstellerin mittels Gewalt oder Drohungen zu verhindern.

Sebitz erhöhte die Krankenhausbepflegsätze auf 50 M. in Klasse 1 (Einzelzimmer), 35 M. in Klasse 2 (Kinder 25 M.), 20 M. in Klasse 3 (Kinder 14 M.) und auf 60, 45 und 25 M. für Auswärtige.

Reichstadt (Sa.). Wenn du noch eine Mutter hast... Wer kennt nicht dieses schöne, tief zu Herzen gehende Lied? Nur ganz wenige aber werden wissen, daß als Verfasser dieses Gedichtes ein Lehrer aus Neustadt namens Friedrich Wilhelm Kaulisch in Frage kommt. Am 15. September waren gerade 40 Jahre seit dem Tode dieses Mannes verfloßen. Mitten im Winter wollte Lehrer Kaulisch von einem Nachbarorte zu seiner Mutter zurückkehren. Rechtzeitig hatte er den Heimweg angetreten; er geriet aber in ein derartiges Schneewetter, daß er aus einer Schneewehe in die andere versank. Als er endlich in der Nacht nach langem Umherirren ganz ermattet das Haus seiner Mutter erreichte, sah er durch das Fenster der erleuchteten Stube die Mutter betend am Tische sitzen. Dieser Anblick prägte sich tief in das Gemüt des glücklich Heimgekehrten ein und gab ihm Veranlassung, seine Innigen Gefühle in dem genannten Gedichte zum Ausdruck zu bringen.

Bauhen. Die zwangsweise Beitreibung von Steuern hat im hiesigen Bezirke einen beträchtlichen Umfang angenommen. Wie verlautet, plant das hiesige Finanzamt mit Rücksicht auf die gesteigerte Notwendigkeit einer zwangsweisen Beitreibung der Steuern die Anstellung eines eigenen Vollstreckungsbeamten.

Frankreichs schwarze Heeresreform.

Wer noch immer nicht an die imperialistische Tendenz der französischen auswärtigen Politik glauben will, dem muß sich die Gesetzesvorlage über die französische Heeresreform ansehen, die der Kriegsminister dem Parlament vorgelegt hat. Was der Öffentlichkeit darüber bisher an Material zugegangen ist, widerspricht sich vielfach. Aber als Leitgedanken kann man entnehmen, daß für den französischen Generalstab in den nächsten 15 Jahren der Rhein die militärische Grenze Frankreichs ist, selbst wenn die Bräutungsköpfe Köln und Koblenz nach 5 bzw. 10 Jahren entsprechend den Bestimmungen des Friedensvertrages geräumt sein sollten. Abrüstungsgebanten enthalten die Gesetzesvorläge nicht. Utopien jagt eben der französische Kriegsminister nicht nach.

Man wird die Dienstzeit der weißen Franzosen auf 1 1/2 Jahre herabgesetzt, dafür aber die Reservepflicht bis zum 40. Jahre und die Landwehrpflicht bis zum 50 Jahre erweitert, während vor dem Kriege bei dreijähriger aktiver Dienstzeit die Reservepflicht nur bis zum 34. Jahre, die Landwehr- und Landsturmpflicht bis zum 48. Jahre reichte.

Bemerkenswert ist das Verhältnis der weißen zu den schwarzen Truppen. Im allgemeinen hat jede weiße Division ein farbiges Regiment. Daneben gibt es noch farbige Divisionen, die auch in Frankreich Dienst tun sollen. Im Jahre 1923 soll gegenüber 1914 die Zahl der Offiziere um ein Fünftel, und die Zahl der weißen Truppen um die Hälfte herabgesetzt, dagegen die Zahl der Braunen aus Nordafrika verdoppelt und die Zahl der Schwarzen und Gelben verdreifacht werden. Sechs kriegstarke Divisionen sollen am Rhein, sechs mit hohem Etat in Elsaß-Lothringen und an der deutsch-französischen Grenze stehen.

Die Vermehrung des farbigen Elementes im französischen Heere löst Fragen militärischer, völkischer und politischer Natur aus. Die Benutzung farbiger Truppen zu Besatzungszwecken entspricht nicht allein dem Wunsch, den unterlegenen Segner noch zu demütigen. Sie wird vor allem diktiert von dem großen Männermangel in Frankreich. Tüchtigkeit und Ansehen des französischen Heeres werden unzweifelhaft unter der schwarzen Belastung leiden. Deswegen darf es aber nicht unterschätzt werden. Mit dem Heranwachsen der vom Krieg nicht berührten Jahrgänge wird das weiße Element wieder zunehmen.

Schwerer fällt die dauernde Verhäufung der weißen mit der farbigen Bevölkerung und die damit verbundene Rassenverschlechterung ins Gewicht. Aufschlammte bedroht werden damit auch unsere besetzten Gebiete und unsere Volksgenossen in Elsaß-Lothringen. Ob das französische Volk diese Belastungsprobe aushalten wird, ist zweifelhaft. Es wird die Kraft zur Ablehnung der Befehlshaltung seines Ansehens und seiner Kultur nicht aufbringen. Angst und Haß machen den Instinkt tot. Doch es gibt ein Forum, vor dem Frankreich nicht bestehen wird. Die europäische weiße Kulturgemeinschaft bezeichnet schon jetzt den farbigen Einbruch als Verbrechen an Europa. Durch die schwarze Heeresreform wird der Wertmesser Frankreichs um noch einige Grade sinken. Der „Gloire“-Glanz wird geschwärzt durch die Schwarzen. Prestigeverlust ist die unvermeidliche Folge und den kann Frankreichs auswärtige Politik in heutiger Zeit am wenigsten vertragen.

Reichsregierung und Bayern.

Der Reichskanzler gegen den bayerischen Sozialminister.

Das Verhältnis zwischen Reich und Bayern gestaltet sich bedauerlicherweise von Tag zu Tag unaufrichtlicher. In einer Protestversammlung der Bayerischen Volkspartei in München hatte der Sozialminister Oswald in scharfer Weise die Reichsregierung und den Reichskanzler in öffentlicher Rede angegriffen. Der Minister sprach u. a. davon, daß der „Berliner Wagen“ sich bereits nach dem bayerischen Budgetrecht schne und dieses dem Berliner Wagen einverleiben wolle, Berlin werde in diesem Bestreben von einer „außerdeutschen Stelle“ unterstützt; der Grund zu diesem Vorgehen des Reiches sei die Hoffnung, mit Hilfe des bayerischen Etats eher das Ultimatum erfüllen zu können. Der Minister forderte selbst den Reichskanzler zu einer Stellungnahme zu solchen Gerüchten auf.

Die Reichsregierung stellt in einer amtlichen Erklärung hierzu fest, daß ihr von solchen Plänen und Absichten nichts bekannt sei. Die Gerüchte die der Minister Oswald voreilig weitergegeben habe seien frei erfunden und gehörten in das Gebiet fernbenachbarter Verleumdungen, die in letzter Zeit in Umlauf gesetzt werden, um die Reichsregierung zu diskreditieren. Auch die Unterstellung, daß die Regierungspolitik unter Einflüssen von außen stehe, entspreche nicht den Tatsachen und müsse in Interesse der Würde des Reiches zurückgewiesen werden.

Ferner habe Minister Oswald in seiner Rede den Vorwurf erhoben, man habe in Berlin die „bayerische Verkehrs-, Finanz- und Heereshoheit verschachtet“. Hierzu erklärt die Reichsregierung, daß die Abgrenzungen der Souveränität der Länder im Verhältnis zum Reich in der Weimarer Verfassung festgelegt sind. Alle späteren Regelungen erfolgten auf Grund und im Rahmen dieser verfassungsmäßigen Bestimmungen an denen Bayern sowohl durch seine Volksvertretung als auch durch seine Staatsorgane mitgewirkt hat. Es könne also billigerweise nicht von einem einseitigen Akt der Reichsregierung, geschweige denn von einer Verschlechterung bayerischer Rechte die Rede sein. Im Gegenteil, bei der Auseinandersetzung zwischen Bayern und dem Reich sei auf die bayerischen Wünsche mehr als auf die jedes anderen Landes Rücksicht genommen worden.

Weiter hat Minister Oswald mit Bezug auf das Abkommen von Spa die Behauptung aufgestellt, dass seien die bayerischen Einwohnerwehren von der Reichsregierung verschachtet und den Bayern die Ententevertreter auf den Hals geschickt worden. Die Reichsregierung verweist demgegenüber auf die allgemein bekannte Tatsache, daß die Annahme des Abkommens von Spa unter dem Druck der Entente zustande gekommen ist.

Wenn schließlich der Minister Oswald die jüngsten Auseinandersetzungen wegen der Aushebung des Ausnahmestandes in Bayern dahin charakterisiert, daß die Reichsregierung dabei den „harten Mann“ spielen wolle, so glaubt die Reichsregierung, durch ihr Verhalten, ebenso wie durch wiederholte ausdrückliche Erklärungen genügend dargetan zu haben, daß sie den Konflikt zu vermeiden und den Weg der Verständigung zu beschreiten gewillt ist.

Die preussische Regierung bedauert.

Die preussische Staatsregierung hat in einer öffentlichen Erklärung zu dem Bericht des preussischen Staatskommissars für öffentliche Ordnung Stellung genommen, in dem, wie erinnerlich, von Ermittlungen gegen die Kapplisten die Rede ist, die in Bayern von dem Staatskommissar veranlaßt worden sind. Diese Ermittlungen haben, wie die preussische Regierung ausdrücklich feststellt, im Mai 1920, und zwar auf Anordnung der damaligen Reichsregierung stattgefunden. Das preussische Staatsministerium bedauert, daß derartige Schritte seiner Organe in einem anderen Lande stattgefunden haben, ohne daß darüber die Regierung dieses Landes unterrichtet worden war. Es bedauert weiter, daß darüber der Öffentlichkeit Mitteilung gemacht worden ist, bevor die Regierung des beteiligten Landes die Möglichkeit hatte, sich zu dem Ergebnis der damaligen Ermittlungen zu äußern.

Auf die Anfrage der bayerischen Regierung hat die preussische Staatsregierung in München eine Antwort überreichen lassen, deren Inhalt sich mit der vorstehenden Erklärung deckt. Ueber den materiellen Streitfall zwischen dem Reich und Bayern erklärt Ministerpräsident Stegerwald, daß er es für dringender erwünscht halten würde, wenn die augenblicklichen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reich und Bayern möglichst bald beigelegt werden und daß ihm hierzu die neuen bayerischen Vorschläge zur der Neuordnung vielleicht mit einigen Modalitäten als eine annehmbare Grundlage erscheinen. Er würde es mit besonderer Befriedigung begrüßen, wenn durch allseitiges Entgegenkommen die derzeitige Spannung möglichst bald aus der Welt geschafft werden könnte.

Eine Erklärung Ehrhardts.

Norddeutsche. In Ehrhardt fandte den „Münchener Neuesten Nachrichten“ aus Salzburg eine Erklärung zu dem Bericht des Staatskommissars Dr. Weismann.

Es hat er festgestellt, daß er nach Erlaß des Haftbefehls gelegentlich in Deutschland gewesen sei, doch sei er dabei vorläufig und nicht so überlegt gewesen, bayerische Grenzpfähle zu überschreiten. Mit dem Minister Rath sei er weder mündlich, noch schriftlich, noch durch eine Mittelsperson in Verbindung gewesen.

Es dämmert.

Wirkung der geplanten Zweisprachigkeit auf das Ausland.
Die Hoffnungen, die man in unterrichteten Kreisen in außenpolitischer Hinsicht auf die geplante Reparationsbeihilfe der deutschen Industrie- und Bankwelt setzte, scheinen diesmal nicht zu täuschen. Bisher hatte die gesamte französische Presse immer wieder die sinnlose Behauptung aufgestellt, Deutschland bekreite mit Absicht seinen Bankrott vor. Dieser Auffassung tritt jetzt der „Petit Parisien“, ein Blatt, das unter den Pariser Regierungsblättern eine Vorkategorie einnimmt und als Briand's persönliches Sprachrohr gilt, mit bemerkenswerter Entschiedenheit entgegen. Das Blatt erklärt den Sturz der deutschen Mark mit dem Anlauf fremder Devisen, den Deutschland ausführen müsse, um seinen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Trotz des Sinkens der Mark, so führt das Blatt weiter aus, dürfe man nicht daran glauben, daß die deutschen Bankiers und Großindustriellen das Reich zu einem beträchtlichen Bankrott treiben wollten. Die Geschäftsleute hätten nicht die Gewohnheit, Kinderspiele zu treiben.
Das Blatt bezieht sich weiter auf die Verhandlungen, die nach deutschen Blättermeldungen zwischen der Regierung und den Großindustriellen und Finanzgruppen geführt werden, um einerseits dem Reich die nötigen Mittel zur Erfüllung seiner Zahlungsverpflichtungen zur Verfügung zu stellen, andererseits um eine Erleichterung der Steuerlast und den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung herbeizuführen. Das sei nicht die Haltung eines Schuldners, der sich zum Bankrott vorbereitet, schreibt das Blatt am Schluß seiner Ausführungen.

Die Auffassung, die in den obenstehenden obigen Darlegungen des Pariser Regierungsblattes zum Ausdruck kommt, ist der beste Beweis dafür, daß die deutsche Industrie mit ihrem Devisenangebot den richtigen Weg eingeschlagen hat. Mit dem Gelingen der geplanten Kreditaktion ist allerdings die ernste finanzielle Lage Deutschlands noch lange nicht beseitigt. Solange die unerträglichen Sanktionen ihre vernichtende Wirkung auf das deutsche Wirtschaftsleben ausüben, solange man Deutschland die ungeheuren Belastungen aufbürdet, die nach einer Berechnung des „Temps“ von September bis heute sich auf die wahnsinnige Summe von 120 Milliarden Papiermark belaufen, solange in diesen Punkten keine grundlegende Veränderung eintritt, schwebt die Bankrotgefahr auch in Zukunft über Deutschland und über der Entente. Die oben zitierte Pressestimme ist vielleicht als ein Zeichen beginnender Einsicht zu deuten, von der man nur wünschen kann, daß sie weitere Kreise der Entente erfassen möge.

Sozialdemokratischer Parteitag.

— Berlin, 19. September.

Der sozialdemokratische Parteitag wurde in der Biesinger Stadthalle unter großer Beteiligung aus dem Reich und aus dem Ausland eröffnet. Man sah u. a. den ehemaligen Reichskanzler Hermann Müller, Oberbürgermeister Scheide mann, den 70jährigen Reichstagsabgeordneten Mollenhuth und die ehemaligen preussischen Minister Braun, Büchel und Severing, ferner den Reichstagspräsidenten Loebe und den schlesischen Ministerpräsidenten Vud. Reichspräsident Ebert hat ein Begrüßungstelegramm geschickt. Zum ersten male hat auch die Sozialdemokratie Belgiens einen Vertreter entsandt, der besonders förmlich begrüßt wurde. Auch aus Danzig ist ein Vertreter erschienen.
Der Rektor der Oberrheinischen Sozialdemokratie, der 78jährige Hugo Koller, begrüßte den Parteitag in seiner Heimat. Dann folgte die politische Begrüßung durch den ehemaligen Reichskanzler, Parteivorsitzenden

Hermann Müller.

Er wies einleitend darauf hin, daß die Sozialdemokratie immer noch die Partei der Massen ist. Er streifte die bevorstehende Programmdebatte. Das neue Programm müsse die alten sozialistischen Weltanschauungen rein erhalten. Das Ziel sei allerdings noch sehr entfernt wegen der „verachtlichen Zersplitterung der deutschen Arbeiterklasse“. (Zustimmung.) Unter den gegebenen Verhältnissen werde man an der Koalitionspolitik arbeiten müssen.

Der Redner richtete dann die schärfsten Angriffe gegen die Kreise, die hinter den Mordern Erzbergers ständen, und gegen die Deutschnationale Partei. Der Mord sei vorbereitet durch die Hege der Deutschnationalen. Die meisten Gegner habe Erzberger durch seine Finanzreform bekommen. Dergl. habe auf dem deutschnationalen Parteitag in München die „Freiheit“ gehabt, zu erklären, daß die Sozialdemokratie kein politisches Hindernis darstelle. Jede Seite der Parteigeschichte beweise das Gegenteil. Gegen die in pathologischer Weise gegen Demokratie und Republik. Er sei jetzt zum Königsberger Ehren doktor. (Geltend.) Dem „pathologischen Älger Ludendorff“ sei es ja ebenso ergangen. In der Ehrhardt-Brigade würden auch die Mörder von Garetz zu finden sein. Diese Bande müßte ungeschädlich gemacht werden in Bayern wie in Schienen. Die Sozialdemokratie habe nach dem 9. November zum Morde Gelegenheit gehabt. Hätte sie solche Absicht gehabt, dann wäre „Eitel Schieberich“ nicht mehr bei Paraden seinen letzten Hinterfrontbauch präsentieren können.

Inbezug auf Breußen forderte der Redner, daß die Sozialdemokraten den Weg in die preussische Regierung finden müssen (Zustimmung), sonst müsse die Sozialdemokratie auch im Reich in die schärfste Opposition gehen. Der kommende Winter müsse die Partei in ständiger Alarmbereitschaft finden gegen die Rechtsputschisten, drohe doch der Bandbund bereits mit dem Eisenhutstreik. Der Eisenhutstreik bedeute den Bürgerkrieg. Die Arbeiter würden wahrlich bei den deutschnationalen Städtlern Hamsterware suchen geben. Wegen die Feinde der Republik gebe es nur eine Parole: Auf einen Schelm anderthalbe. (Beifall.)
Zum Schluß seiner Ausführungen wies der Redner auf die Schwierigkeiten, die gerade die Entente der Arbeit für die Festigung der Republik und der Demokratie in Deutschland entgegensteht. Er bezeichnet die Weltaushebung der wirtschaftlichen Sanktionen am Rhein als ein bitteres

Unrecht und schließt mit der Ankündigung, daß bei der Erledigung der Steuerangelegenheiten der Dinstag des Kapitalkonsums gekommen sei.
Allseitige Beachtung fand die Tatsache, daß der Redner sich jedes Angriffs gegen die Deutsche Volkspartei enthielt, während der vorjährige Parteitag in Tafel der Partei festliches Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei streng untersagte. Offenbar wird dieser Beschluß vom Oberrheinischen Parteitag nicht erneuert werden.
Im Vorstehen des Parteitages wurden Feils und Taubadel gewählt. Es folgten sodann die Begrüßungsansprachen der auswärtigen Gäste.

Die Montagssitzung begann mit einem Referat des Reichstagsabgeordneten Mollenhuth über das Programm Mollenhuth, der die Schwierigkeiten der Programmabänderung auseinandersetzt; auf Vorschlag Mollenhuths wurde eine 23gliedrige Kommission zur Prüfung des Parteiprogramms gewählt, die sich sofort konstituierte.

Den Bericht über die Tätigkeit des Parteivorstandes erstattete Franz Kräger. In seinem Rückblick auf die letzten Reichstagswahlen sagte er, die Deutsche Volkspartei, die am stärksten gegen uns gehegt hatte, wollte sich möglichst schnell „rote Zeiten“ anlegen, weil ohne die Sozialdemokratie eine arbeitsfähige Regierung nicht gebildet werden konnte. Der Redner beschloß sich dann in mehrstündiger Ausführung mit der Notwendigkeit einer Beteiligung der Sozialdemokratie an der Leitung der Regierungsgeschäfte.

Die S. P. D. für den Sturz der Mitte.

Angelsachsen hat der Parteivorstand, die Kontrollkommission und der Parteiaussschuß dem Parteitag zur Frage der Regierungsbildung eine bedeutsame Entschlüsselung zugehen lassen, in der das Eintreten der S. P. D. in den Sturz der Mitte mit der unbedingt notwendigen Sicherung der demokratisch-republikanischen Staatsform und mit der erforderlichen Anbahnung aller Kräfte zur Bänderung der Rot des deutschen Volkes begründet wird. Abdann heißt es in der Entschlüsselung:

„Die Sozialdemokratie ist bereit, zu diesem Zwecke mit anderen Parteien im Reich und in den Ländern in der Regierung zusammenzuarbeiten, wenn mit diesen Parteien eine Verständigung über ein Arbeitsprogramm möglich ist, das folgende Grundforderungen enthält:

Anerkennung und Vertiefung der Republik, Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes in Reich, Staat und Gemeinde, Demokratisierung der Verwaltung und Republikanisierung der Reichswehr und der Polizeiorgane, Sicherung und Ausbau der sozialen Gesetzgebung, Politik der Völkerverständigung, lokale Erfüllung des Friedensbittens in den Grenzen unserer Leistungsfähigkeit und Ausbringung der dadurch bedingten Lasten in erster Linie durch weitestgehende Heranziehung des Volkes.

Im übrigen soll der Parteivorstand unter Berücksichtigung der allgemeinen politischen Lage im Benehmen mit den in Frage kommenden Fraktionen über den Eintritt von Parteigenossen in die Regierung entscheiden.“

An der Annahme dieser Entschlüsselung ist nicht zu zweifeln.

Politische Rundschau.

— Berlin, 20. September 1921.

Die Rheinlandkommission hat bestimmt, daß Aufwehungen Deutscher aus dem linksrheinischen Gebiet durch Befehlsgewalt von deutschen Behörden unter eigener Verantwortung und militärischer Überwachung durchzuführen sind.

Die Reichsregierung hat dem zum diplomatischen Vertreter der Sowjetregierung in Berlin ernannten Volkskommissar Nikolai Nikolajewitsch Krestinski das Agramment erteilt.

Der französische Kriegsminister Barthou ist in Koblenz eingetroffen. Er beschäftigt, einige Tage im Rheinland zu verbleiben.

Die nationale „Breitgauer Zeitung“ ist vom baltischen Ministerium des Innern für die Zeit vom 19. bis einschließlich 23. d. M. verboten worden.

Die sozialdemokratische Frauenkonferenz in Götting hat eine Protestresolution gegen den Beschluß des Reichsrates angenommen, der sich bekanntlich gegen die Zulassung der Frauen zum Schöff- und Geschworenentum wendet.

Die Reichsregierung hat dem zum diplomatischen Vertreter der Sowjetregierung in Berlin ernannten Volkskommissar Nikolai Nikolajewitsch Krestinski das Agramment erteilt.
Der französische Kriegsminister Barthou ist in Koblenz eingetroffen. Er beschäftigt, einige Tage im Rheinland zu verbleiben.
Die nationale „Breitgauer Zeitung“ ist vom baltischen Ministerium des Innern für die Zeit vom 19. bis einschließlich 23. d. M. verboten worden.
Die sozialdemokratische Frauenkonferenz in Götting hat eine Protestresolution gegen den Beschluß des Reichsrates angenommen, der sich bekanntlich gegen die Zulassung der Frauen zum Schöff- und Geschworenentum wendet.

Die Reichsregierung hat dem zum diplomatischen Vertreter der Sowjetregierung in Berlin ernannten Volkskommissar Nikolai Nikolajewitsch Krestinski das Agramment erteilt.
Der französische Kriegsminister Barthou ist in Koblenz eingetroffen. Er beschäftigt, einige Tage im Rheinland zu verbleiben.
Die nationale „Breitgauer Zeitung“ ist vom baltischen Ministerium des Innern für die Zeit vom 19. bis einschließlich 23. d. M. verboten worden.
Die sozialdemokratische Frauenkonferenz in Götting hat eine Protestresolution gegen den Beschluß des Reichsrates angenommen, der sich bekanntlich gegen die Zulassung der Frauen zum Schöff- und Geschworenentum wendet.

Die Reichsregierung hat dem zum diplomatischen Vertreter der Sowjetregierung in Berlin ernannten Volkskommissar Nikolai Nikolajewitsch Krestinski das Agramment erteilt.
Der französische Kriegsminister Barthou ist in Koblenz eingetroffen. Er beschäftigt, einige Tage im Rheinland zu verbleiben.
Die nationale „Breitgauer Zeitung“ ist vom baltischen Ministerium des Innern für die Zeit vom 19. bis einschließlich 23. d. M. verboten worden.
Die sozialdemokratische Frauenkonferenz in Götting hat eine Protestresolution gegen den Beschluß des Reichsrates angenommen, der sich bekanntlich gegen die Zulassung der Frauen zum Schöff- und Geschworenentum wendet.

Die Reichsregierung hat dem zum diplomatischen Vertreter der Sowjetregierung in Berlin ernannten Volkskommissar Nikolai Nikolajewitsch Krestinski das Agramment erteilt.
Der französische Kriegsminister Barthou ist in Koblenz eingetroffen. Er beschäftigt, einige Tage im Rheinland zu verbleiben.
Die nationale „Breitgauer Zeitung“ ist vom baltischen Ministerium des Innern für die Zeit vom 19. bis einschließlich 23. d. M. verboten worden.
Die sozialdemokratische Frauenkonferenz in Götting hat eine Protestresolution gegen den Beschluß des Reichsrates angenommen, der sich bekanntlich gegen die Zulassung der Frauen zum Schöff- und Geschworenentum wendet.

Die Reichsregierung hat dem zum diplomatischen Vertreter der Sowjetregierung in Berlin ernannten Volkskommissar Nikolai Nikolajewitsch Krestinski das Agramment erteilt.
Der französische Kriegsminister Barthou ist in Koblenz eingetroffen. Er beschäftigt, einige Tage im Rheinland zu verbleiben.
Die nationale „Breitgauer Zeitung“ ist vom baltischen Ministerium des Innern für die Zeit vom 19. bis einschließlich 23. d. M. verboten worden.
Die sozialdemokratische Frauenkonferenz in Götting hat eine Protestresolution gegen den Beschluß des Reichsrates angenommen, der sich bekanntlich gegen die Zulassung der Frauen zum Schöff- und Geschworenentum wendet.

Die Reichsregierung hat dem zum diplomatischen Vertreter der Sowjetregierung in Berlin ernannten Volkskommissar Nikolai Nikolajewitsch Krestinski das Agramment erteilt.
Der französische Kriegsminister Barthou ist in Koblenz eingetroffen. Er beschäftigt, einige Tage im Rheinland zu verbleiben.
Die nationale „Breitgauer Zeitung“ ist vom baltischen Ministerium des Innern für die Zeit vom 19. bis einschließlich 23. d. M. verboten worden.
Die sozialdemokratische Frauenkonferenz in Götting hat eine Protestresolution gegen den Beschluß des Reichsrates angenommen, der sich bekanntlich gegen die Zulassung der Frauen zum Schöff- und Geschworenentum wendet.

Die Reichsregierung hat dem zum diplomatischen Vertreter der Sowjetregierung in Berlin ernannten Volkskommissar Nikolai Nikolajewitsch Krestinski das Agramment erteilt.
Der französische Kriegsminister Barthou ist in Koblenz eingetroffen. Er beschäftigt, einige Tage im Rheinland zu verbleiben.
Die nationale „Breitgauer Zeitung“ ist vom baltischen Ministerium des Innern für die Zeit vom 19. bis einschließlich 23. d. M. verboten worden.
Die sozialdemokratische Frauenkonferenz in Götting hat eine Protestresolution gegen den Beschluß des Reichsrates angenommen, der sich bekanntlich gegen die Zulassung der Frauen zum Schöff- und Geschworenentum wendet.

Die Reichsregierung hat dem zum diplomatischen Vertreter der Sowjetregierung in Berlin ernannten Volkskommissar Nikolai Nikolajewitsch Krestinski das Agramment erteilt.
Der französische Kriegsminister Barthou ist in Koblenz eingetroffen. Er beschäftigt, einige Tage im Rheinland zu verbleiben.
Die nationale „Breitgauer Zeitung“ ist vom baltischen Ministerium des Innern für die Zeit vom 19. bis einschließlich 23. d. M. verboten worden.
Die sozialdemokratische Frauenkonferenz in Götting hat eine Protestresolution gegen den Beschluß des Reichsrates angenommen, der sich bekanntlich gegen die Zulassung der Frauen zum Schöff- und Geschworenentum wendet.

Die Reichsregierung hat dem zum diplomatischen Vertreter der Sowjetregierung in Berlin ernannten Volkskommissar Nikolai Nikolajewitsch Krestinski das Agramment erteilt.
Der französische Kriegsminister Barthou ist in Koblenz eingetroffen. Er beschäftigt, einige Tage im Rheinland zu verbleiben.
Die nationale „Breitgauer Zeitung“ ist vom baltischen Ministerium des Innern für die Zeit vom 19. bis einschließlich 23. d. M. verboten worden.
Die sozialdemokratische Frauenkonferenz in Götting hat eine Protestresolution gegen den Beschluß des Reichsrates angenommen, der sich bekanntlich gegen die Zulassung der Frauen zum Schöff- und Geschworenentum wendet.

Die Reichsregierung hat dem zum diplomatischen Vertreter der Sowjetregierung in Berlin ernannten Volkskommissar Nikolai Nikolajewitsch Krestinski das Agramment erteilt.
Der französische Kriegsminister Barthou ist in Koblenz eingetroffen. Er beschäftigt, einige Tage im Rheinland zu verbleiben.
Die nationale „Breitgauer Zeitung“ ist vom baltischen Ministerium des Innern für die Zeit vom 19. bis einschließlich 23. d. M. verboten worden.
Die sozialdemokratische Frauenkonferenz in Götting hat eine Protestresolution gegen den Beschluß des Reichsrates angenommen, der sich bekanntlich gegen die Zulassung der Frauen zum Schöff- und Geschworenentum wendet.

Die Reichsregierung hat dem zum diplomatischen Vertreter der Sowjetregierung in Berlin ernannten Volkskommissar Nikolai Nikolajewitsch Krestinski das Agramment erteilt.
Der französische Kriegsminister Barthou ist in Koblenz eingetroffen. Er beschäftigt, einige Tage im Rheinland zu verbleiben.
Die nationale „Breitgauer Zeitung“ ist vom baltischen Ministerium des Innern für die Zeit vom 19. bis einschließlich 23. d. M. verboten worden.
Die sozialdemokratische Frauenkonferenz in Götting hat eine Protestresolution gegen den Beschluß des Reichsrates angenommen, der sich bekanntlich gegen die Zulassung der Frauen zum Schöff- und Geschworenentum wendet.

Die Reichsregierung hat dem zum diplomatischen Vertreter der Sowjetregierung in Berlin ernannten Volkskommissar Nikolai Nikolajewitsch Krestinski das Agramment erteilt.
Der französische Kriegsminister Barthou ist in Koblenz eingetroffen. Er beschäftigt, einige Tage im Rheinland zu verbleiben.
Die nationale „Breitgauer Zeitung“ ist vom baltischen Ministerium des Innern für die Zeit vom 19. bis einschließlich 23. d. M. verboten worden.
Die sozialdemokratische Frauenkonferenz in Götting hat eine Protestresolution gegen den Beschluß des Reichsrates angenommen, der sich bekanntlich gegen die Zulassung der Frauen zum Schöff- und Geschworenentum wendet.

Die Reichsregierung hat dem zum diplomatischen Vertreter der Sowjetregierung in Berlin ernannten Volkskommissar Nikolai Nikolajewitsch Krestinski das Agramment erteilt.
Der französische Kriegsminister Barthou ist in Koblenz eingetroffen. Er beschäftigt, einige Tage im Rheinland zu verbleiben.
Die nationale „Breitgauer Zeitung“ ist vom baltischen Ministerium des Innern für die Zeit vom 19. bis einschließlich 23. d. M. verboten worden.
Die sozialdemokratische Frauenkonferenz in Götting hat eine Protestresolution gegen den Beschluß des Reichsrates angenommen, der sich bekanntlich gegen die Zulassung der Frauen zum Schöff- und Geschworenentum wendet.

Die Reichsregierung hat dem zum diplomatischen Vertreter der Sowjetregierung in Berlin ernannten Volkskommissar Nikolai Nikolajewitsch Krestinski das Agramment erteilt.
Der französische Kriegsminister Barthou ist in Koblenz eingetroffen. Er beschäftigt, einige Tage im Rheinland zu verbleiben.
Die nationale „Breitgauer Zeitung“ ist vom baltischen Ministerium des Innern für die Zeit vom 19. bis einschließlich 23. d. M. verboten worden.
Die sozialdemokratische Frauenkonferenz in Götting hat eine Protestresolution gegen den Beschluß des Reichsrates angenommen, der sich bekanntlich gegen die Zulassung der Frauen zum Schöff- und Geschworenentum wendet.

Die Reichsregierung hat dem zum diplomatischen Vertreter der Sowjetregierung in Berlin ernannten Volkskommissar Nikolai Nikolajewitsch Krestinski das Agramment erteilt.
Der französische Kriegsminister Barthou ist in Koblenz eingetroffen. Er beschäftigt, einige Tage im Rheinland zu verbleiben.
Die nationale „Breitgauer Zeitung“ ist vom baltischen Ministerium des Innern für die Zeit vom 19. bis einschließlich 23. d. M. verboten worden.
Die sozialdemokratische Frauenkonferenz in Götting hat eine Protestresolution gegen den Beschluß des Reichsrates angenommen, der sich bekanntlich gegen die Zulassung der Frauen zum Schöff- und Geschworenentum wendet.

Die Reichsregierung hat dem zum diplomatischen Vertreter der Sowjetregierung in Berlin ernannten Volkskommissar Nikolai Nikolajewitsch Krestinski das Agramment erteilt.
Der französische Kriegsminister Barthou ist in Koblenz eingetroffen. Er beschäftigt, einige Tage im Rheinland zu verbleiben.
Die nationale „Breitgauer Zeitung“ ist vom baltischen Ministerium des Innern für die Zeit vom 19. bis einschließlich 23. d. M. verboten worden.
Die sozialdemokratische Frauenkonferenz in Götting hat eine Protestresolution gegen den Beschluß des Reichsrates angenommen, der sich bekanntlich gegen die Zulassung der Frauen zum Schöff- und Geschworenentum wendet.

Taufung innerhalb desselben beruht. Solange de Valera auf der Forderung besteht, daß die britischen Delegierten mit den irischen Delegierten als Vertreter eines unabhängigen souveränen Staates verhandeln sollen, ist eine Konferenz zwischen ihnen unmöglich.

Marocco: Erfolgreiche Gegenoffensive der Spanier.
Amlich wird gemeldet, daß die Spanier in Marocco ihre Offensive wieder aufgenommen haben. Nach ihrem über Artillerievorbereitung begann der Vormarsch auf Rador. Die Mauren leisteten erbitterten Widerstand und gingen nur Schritt für Schritt zurück. Es gelang schließlich, Rador zu besetzen. Die Mauren haben sehr ernste Verluste. Den Spaniern sind große Mengen Waffen und Kriegsmaterial in die Hand gefallen. Die Mauren haben sich in die Berge zurückgezogen und zahlreiche spanische Gefangene zurückgelassen.

Soziales.

Belagerte Streik. Der Streik im Eisenhüttenwerk Thale ist beendet nachdem die vom Oberpräsidenten gemachten Vermittlungsvorschläge angenommen wurden. Der Gesamtstreik im Ruseleuther Braunkohlenrevier ist, da die Verhandlungen einen befriedigenden Abschluß fanden, ebenfalls beendet, und Obersteiger Breuer, dessen Entlassung gefordert wurde, auf seine Wiedereinstellung verzichtete. Ebenso dürfte der Streik der Schleferarbeiter in Thuringen bald beendet sein, nachdem die Forderungen der Arbeiter bewilligt worden sind. Der Streik bei dem Berlin-Wurger Eisenwerk H. G. ist durch Verhandlungen zwischen der Direktion und den Arbeitern beigelegt worden.

Kein Streik in Frankfurt? Vom Kartell der Arbeitgeberverbände in Frankfurt wird bekannt, daß nach der Entscheidung des Demobilisierungskommissars die dem Kartell angeschlossenen Verbände keinen Augenblick zögern werden, sich der nunmehr gegebenen Rechtslage entsprechend zu verhalten und die neuen Gehaltsätze an ihre Angestellten zur Auszahlung zu bringen. Die Angestelltenvertreter haben davon Kenntnis genommen und erklärt, daß sie bereit seien, sich dafür einzusetzen, daß ein Streikausbruch vermieden wird.

Aus Stadt und Land.

Fürst Eulenburg. Auf seinem Schlosse Eulenburg in der Mark ist Fürst Philipp zu Hertefeld und Eulenburg, 74 Jahre alt, gestorben. Eulenburg war eine der bekanntesten Persönlichkeiten in der ersten Regierungsjahre Wilhelm II. Die bekannten Prozesse, in die auf Grund der Enthüllungen Harbans in der „Zukunft“ der Fürst verwickelt wurde, haben ihn, der ohne Zweifel eine der einflussreichsten Persönlichkeiten des kaiserlichen Hofes war, gezwungen, von der politischen und höfischen Bühne abzutreten. Er wurde am 12. Februar 1847 geboren. Als Leutnant nahm er am Feldzug 1870-71 teil. 1876 wurde er Kammergerichtsreferendar, später Attache im Auswärtigen Amt und 1881 Legationssekretär. 1894 wurde er zum Vorkämpfer in Wien ernannt. Dort erhielt er im Juni 1898 den Charakter als Wirklicher Geheimrat und am 1. Januar 1900 die Erhebung in den Fürstenstand und am 27. Januar 1900 die Berufung in das Preussische Herrenhaus als erbliches Mitglied. 1903 trat er in den Ruhestand. Seit der Zeit lebte er auf seinem Gute Eulenburg ohne daß ein gegen ihn schwebendes Verurteilungsverfahren noch vor seinem Tode geklärt worden ist.

Aufhebung einer kommunistischen Konferenz.

In München wurde eine kommunistische Bezirkskonferenz aufgehoben. In Lausanne wurden fünfzig Personen zur Polizeidirektion gebracht, darunter der radikal-kommunistische Württemberger K e m m e l e, Bruder des früheren badischen sozialistischen Ministers des Innern, der wegen Aufregung zum Klassenhaß und Hochverrats schon einmal in einer Münchener Parteiverammlung verhaftet, dann aber wieder freigelassen worden war.

Kranke in Karlsruhe. Bei dem praktischen Arzt Dr. Witz in Karlsruhe meldete sich ein bis jetzt unbekannter Patient. Während der Arzt ihn untersuchte, schlug der angebliche Patient den Arzt mit einem Hammer so hart auf den Kopf, daß die Schädeldecke zertrümmert wurde. Der Täter, der sich im Begleitung einer Frau befunden haben soll, ist entkommen. Geraubt wurden 2000 Mark.

Gemeindeverbands-Spar- und Girokassa Reinhardtgrünna.

Nächster Expeditionstag Mittwoch den 21. September von 2-5 Uhr.

„Echte Nachrichten“

Frankreich zieht Truppen aus dem Ruhrgebiet zurück. Die französische Regierung hat der deutschen Regierung am 17. September eine Note überreichen lassen, worin die Zurückverlegung der im Mai d. J. nach dem Ruhrgebiet gesandten neuen französischen Truppen angekündigt wird. Diese Zurückverlegung hat bereits am 15. September begonnen und soll am 30. September beendet sein. Sie bedeutet eine gewisse Erleichterung für Deutschland, hat aber mit der Aufhebung der Sanktionen sonst nichts zu tun.

Französische Zensur in Deutschland.

Paris, 19. September. Nach einer Havasmeldung aus Koblenz beschloß die internationalisierte Rheinlandkommission die Einführung derjenigen Publikationsorgane ins besetzte Gebiet endgültig zu untersagen, die schon zweimal suspendiert wurden und dieser doppelten Warnung nicht Rechnung trugen. Bei dieser Gelegenheit hat die Kommission den deutschen Reichskommissar, die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die unheilvolle Rolle zu lenken, die die Haltung mehrerer deutscher Blätter für die Wiederherstellung der Friedensbeziehungen in Europa darstellt. Die deutsche Regierung werde wohl alle Anstrengungen machen, daß sowohl im besetzten wie im unbesetzten Deutschland die heftigen Angriffe gegen die Besatzungsbehörden und gegen die alliierten Mächte aufhören mit demselben Rechte wie die gegen die deutschen Behörden gerichteten Angriffe, die gleichfalls die öffentliche Ordnung zu stören drohen.

Der Ernst der griechischen Niederlage.

3. J. 19. September. Der „Corriere della Sera“ meldet aus Smyrna: Hier rechnet man mit dem Rückzug der Griechen in die alte Stellung östlich von Smyrna. Die Niederlage der Griechen ist schwer. Auch im Gelände von Valikisra und Brussa wankt der griechische Flügel. Munterbrochen kommen in Smyrna Transporte von Verwundeten aus dem Frontgebiete an. Die Stimmung in Smyrna und im Heere ist gedrückt, während die griechische Heeresleitung auch weiterhin Zuversicht zur Schau trägt.

Stuhlbauer

stellt noch ein Ernst König, Seifersdorf.

Kirchen-Nachrichten

Mittwoch den 21. September 1921.
Dippoldiswalde. Abends 8 Uhr Bibelstunde (1. Gebot): Cap. Michael.
Sachsenfeld. Abends 8 Uhr Andacht im Diakonissenheim.
Donnerstag den 22. September 1921.
Dippoldiswalde. Abends 1/2 8 Uhr Männerbiblestunde in der Brandoffstraße 310 B.
Sachsenfeld. Abends 8 Uhr Andacht in der Kirche.
Sachsenfeld. Abends 8 Uhr Biblestunde in der Schule.

Schlachtviehpreise auf dem Viehhof Dresden am 19. September 1921.

Kat. tierisch	Berücksichtigt	Preise für 50 kg in Markt	Schlachtgewicht
I. Rinder: A. Ochsen.			
115	1. Vollfleischige, ausgewässerte, höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren	700-750	1225-1325
	2. Junge, fleischige, nicht ausgewässerte, ältere ausgewässerte	550-650	1100-1700
	3. Mäßig genährte junge, gut genährte ältere	400-450	875-950
	4. Gering genährte ältere jed. Alters B. Bullen.	250-350	650-850
129	1. Vollfleischige, ausgewässerte höchsten Schlachtwertes	650-725	1150-1275
	2. Vollfleischige jüngere	500-600	975-1125
	3. Mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere	350-400	750-850
	4. Gering genährte C. Kalben und Rälbe.	250-300	600-700
207	1. Vollfleischige, ausgewässerte Kalben höchsten Schlachtwertes	700-775	1225-1325
	2. Vollfleischige, ausgewässerte Rälbe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	550-650	1100-1200
	3. Weitere, ausgewässerte Rälbe und gut entwickelte jüngere Rälbe und Kalben	450-500	950-1050
	4. Gut genährte Rälbe und mäßig genährte Kalben	350-400	800-900
	5. Mäßig und gering genährte Rälbe und gering genährte Kalben D. Ferkel.	200-300	600-800
1150	1. Gering genährtes Jungvieh im Alter v. 3 Mon. bis zu 1 Jahre II. Rälber.		
	1. Doppellender		
	2. Beste Mast- und Sauglälber	875-950	1375-1675
	3. Mittlere Mast- und Sauglälber	700-800	1200-1300
	4. Geringe Rälber III. Schafe.	550-650	1000-1100
807	1. Mastlamm und jüngere Mastlamm	600-700	1150-1275
	2. Weitere Mastlamm	400-500	1000-1100
	3. Mäßig genährte Hammel und Schafe (Wieschafe)	250-325	850-925
	IV. Schweine.		
974	1. Vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren	1375-1550	1700-1750
	2. Fleischschweine	1400-1500	1800-1900
	3. Fleischschweine	1150-1250	1600-1650
	4. Gering entwickelte	1000-1100	1450-1550
	5. Sauen und Eber	1150-1300	1850-1700

3382 Von den Aufzichten sind 46 Rinder (Schaf- u. Sowschischer Herkunft), ebenso 81 Schafe, 157 Schweine (Schlammwischer Herkunft). Ueberhand: 3 Rinder, davon 1 Bulle und 2 Rälbe, außerdem 6 Schweine. Geschlechtsangabe: bei Rindern mittel, bei Schafen und Schweinen langsam.

Gesucht wird zum 1. Oktober
schickliches, kinderliebendes
Mädchen,
15-17 Jahre alt, bei hohem Lohn.
Näheres bei
Bädermstr. Burghardt, Rabenu.

Strümpfe
jeder Art werden mit Maschine
angestrickt.
bei Frau Kropf,
Schmiedeberg, Pöbelitzstr. 15 P.
Stittentarten C. Jehne

**Frische Landbutter
und Quark**
empfiehlt
H. Göbel, Oberdorfplatz.

**Frishes
Hammelfleisch**
empfiehlt
Fleischerei Wsg. Heimisch.

Hund entlaufen
(Dobermann), auf Frig horehend.
Abzugeben bei
Schandorf, Reinhardtgrünna.

Der Spötter.
Dresdner Mittwoch-Zeitung: für frohes u. froles Wort.
Herausgeber: Georg Müller-Heim.
Morgen Mittwoch erscheint Heft 2.
Heft 1 trotz zweier Auflagen in 48 Stunden ausverkauft.
Einzelheft 1 M. Vierteljährlich 10 M. bei der Post
und der Buchhandlg. Ludwig Rätner, Dippoldiswalde.

7 Lastwagen
und zwar 3 Kasten- und 4 Tafelwagen
verkauft sofort
Dampfzweigert und Maschinenfabrik Max Leichmann, Wienenmühle.
Zentrum 33.

Maurer
für dauernde Beschäftigung suchen
Borch & Hid, Architekten und Baumeister,
Dippoldiswalde.

Alte Dachziegel
verkauft
Carl Marschner.
Ein frischer Transport

Gänse
steht von Mittwoch früh an
zum Verkauf bei
Anton Glöckner.
Tel. 59.

Häcksel
empfiehlt
A. Oppelt,
Dippoldiswalde. Telefon 162

Drucksachen
steht
Buchdruckerei Carl Jehne.

Frischer Seefisch
heute eintreffen bei
Johannes Brömmann,
M. Gröhs Nachf.,
Freiberger Straße.

Eine gute schenke
**Schuhmacher-
Mähmaschine**
(Elastic) steht zu verkaufen in
Dödenhof Nr. 57.

In Dödenhof Nr. 7 ist verschied.
landw. Inventar
je ein Kultivator, Egge, Auf- u.
Anfuhrwagen, Apollo-Zentrifuge,
Rauhschleifen, Schrotmühle,
Jandpumpen, Flug ufm. einz.
od. im ganzen sofort zu verkaufen.

Kürbisse
zu verkaufen
Reichardt, Gut 113.

**Stern-
Lichtspiele**
Mittwoch 1/2 9 Uhr
Henny Porten
in dem Lustspiel
die Dame, der Teufel u. die Problemamsoll.
3 Akte zum Totlachen.
Lotte Neumann
in dem prächtigen Schauspiel
Eines großen Mannes Liebe.
Herzliche Szenen, prächtige Szenarien, tiefgreifende Hand-
lungen sind der Inhalt dieses Meisterwerkes.
Um gütigen Zuspruch bittet
Georg Fischer.

Achtung!
**Die letzten Preiselbeeren
sowie Pfäunen**
sind eingetroffen bei
Martha Kühnel, Schmiedeberg, am Bahnhof.

Bücherrevision, Einrichtung, Weiterf., Bilanzen
gewissenhaft zu angemessenen
Preisen. Langjähr. Erfahrung. Beste Referenz. Conrad
Otto, Dresden, Schumannstr. 29. Fernsprecher 35398.

Widrig und unerwartet verschied. Montag vor-
mittag 11 Uhr nach langem, schwerem, mit großer Ge-
duld ertragenem Leiden meine liebe Gattin, unsere
treuherzige Mutter, Schwieger- und Großmutter
Ernestine Clara Walther
im 61. Lebensjahre
Reinholdsdamm, den 19. September 1921.
Der tieftrauernde Gatte August Walther,
Kinder und Enkel.
Die Beerdigung findet Donnerstag 1/4 4 Uhr vom
Trauerhause aus statt.

Nichts ist wertlos!
**Der Eine will
haben, was der Andere nicht
mehr braucht. Beiden hilft
Keine Anzeige
in der „Weißeritz-Zeitung“**
denn sie ist die geleseinste Zeitung in Stadt und Land



Politische Rundschau.

Verfassungsänderungen in Bayern. Die Bayerische Volkspartei hat zwei Anträge im Landtag eingebracht. Der erste Antrag verlangt einen Gesetzesentwurf, der einen Staatspräsidenten an der Spitze Bayerns vorsetzt, der zweite Antrag fordert, daß eine Gesetzesvorlage im Reichsrat eingebracht werde, die die Machtbefugnisse des Reichspräsidenten dahin beschränkt, daß er in keine Hoheitsrechte eines Landes eingreifen darf, daß insbesondere der Vollzug eines vom Reichspräsidenten jeweils verlangten Ausnahmezustandes Sache der Landesregierung bleibt und im Falle der Weigerung einer Landesregierung ihm das Recht zusteht, die Entscheidung des Reichsrates herbeizuführen. — Die Institution des „Staatspräsidenten“, von dem man in Preußen Abstand genommen hat, um keine Konfliktschuldigkeiten zu schaffen, besteht bisher nur in Baden und Württemberg. An der Annahme der Anträge im Bayerischen Landtag ist nicht zu zweifeln. Ebenfalls scheint es allerdings auch zu sein, daß die Anträge auf Veränderung der Reichsverfassung im Sinne einer Einschränkung der dem Reichspräsidenten zustehenden Machtbefugnisse im Reichsrat und eventuell im Reichstag keine Annahme finden werden. Damit wäre dann aber ein Konflikt geschaffen, von dem zu befürchten wäre, daß er der Anfang vom Ende der deutschen Reichseinheit werden könnte.

Die Untersuchung des März-Auffandes. Im Ausschuß des Preussischen Landtages zur Untersuchung des März-Auffandes befindet sich ein Polizeikommissar, der bei den Aufständischen u. a. Generalstabskarten und Listen mit Angaben über die militärische Ausbildung der Mitglieder gefunden wurden. Nach ausführlicher Vernehmung eines früheren Angehörigen des Betriebsrates des Neunamerkes, die über die früher mitgeteilten Zeugenaussagen hinaus Neues von Belang nicht ergibt, wird die Sitzung auf Montag, den 26. September, vertagt. Auf der Tagesordnung steht die Vernehmung von Zeugen über die Zustände und Vorkommnisse in Cisleben und Mansfeld.

Die Zeitungswörter. Die auf drei Tage verbotene Berliner „Note Fahne“ erscheint seit ihrem Verbot jeden Tag unter einem neuen Namen. Zunächst nannte sie sich „Die Internationale“, dann erschien sie unter dem Titel „Note Fahne der Lausitz“. Nachdem nun das Berliner Polizeipräsidium die Verbreitung der „Note Fahne der Lausitz“ verhindert hatte, erschien die „Note Fahne“ am dritten Tage unter dem Namen „Berliner Mittlungsblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Bezirksverband Berlin-Brandenburg)“. Nun ist auch die „Note Fahne“ unter dem dritten Titel vom Reichsminister des Innern beschlagnahmt worden. — Ferner hat der Reichsminister des Innern die in Berlin erscheinende Wochenschrift „Die Tradition“ für die Zeit vom 16. bis einschließlich 29. September 1921 verboten. — Die Zeitschrift „Die Krone“, die in Dresden und Umgebung erscheint, ist von der sächsischen Regierung auf Grund der Verfügungsverordnung auf 14 Tage verboten worden. — Nach Verlautbarung des „Echo du Rhin“ hat die Rheinlandkommission für drei Monate den Kladderadatsch und die Zeitschrift „Internationale Jugend“ im besetzten Gebiet verboten.

Aus Stadt und Land.

Neue Spenden für das Oberhiesler-Hilfswerk. Die Reichsgewerkschaft der Post- und Telegraphen-Berufstätigen hat dem Oberhiesler-Hilfswerk den Betrag von 28 000 Mark überwiesen. — Zur Verringerung der Not in Oberhiesler-Hilfswerk die Kasao-Kompagnie Theodor Reichardt, Wandsbeck, 200 Zentner Buderholz abgab. Diese hochwertige Spende besteht aus 667 Kartons zu 3000 Stücken; das Bruttogewicht beträgt 11 000 Kilo. — Die Stadt Altmünster spendete 75 000 Mark, der Verein der deutschen Kali-Interessenten, Berlin, 53 000 Mark, die Firma Kunkel u. Co., Kommerzienrat Ludwig Bohn, die Allgem. Lokal-Strassenbahngesellschaft Berlin, die Firma Voigt u. Häfner, A.-G. Frankfurt a. M., die Stadt Moers, der Kreisaußerschütz Grenzau, die Deutsche Kohlenhandelsgesellschaft Berlin je 10 000 Mark.

Für 800 000 Mark Stempelmarken unterschlagen. Die Unterschlagungen von Stempelmarken bei dem Oberhiesler Hauptzollamt haben ihre Aufklärung gefunden. Als Täter ist der Oberzollsekretär Semper, ein langjähriger Beamter des Hauptzollamtes, ermittelt worden, der in seiner Eigenschaft jederzeit zu den Stempelmarken-Schränken Zutritt hatte. Semper hat bei seiner Vernehmung ein Geständnis abgelegt und angegeben, daß er die Unterschlagungen schon seit 5-8 Jahren betrieben habe. Er sei durch Not und Krankheit in seiner Familie dazu getrieben worden. Die unterschlagenen Stempelmarken hat er im regelrechten Geschäftsverkehr verkauft. Der Wert der unterschlagenen Stempelmarken erreicht nahezu die Summe von 800 000 Mark, doch will Semper sich nicht bereit erklären, nur 30 000 Mark angeeignet haben. In seiner Wohnung wurden 12 000 Mark vorgefunden. Semper befindet sich in Haft.

Berliner Hotelleiterer auf Reisen. Zwei Hotels in Freiwalde a. d. Ober wurden von Eindringern, ohne Zweifel Berliner Spezialisten, heimlich gesucht. In dem einen, das dicht am Walde liegt, und in das sie durch ein eingeschlagenes Fenster eindringen, erbeuteten die Verbrecher Silberzeug und bares Geld, zusammen für 40 000 Mark, in dem anderen Bettwäsche im Betrage von 20 000 Mark.

Waffenbeschlagnahme in Breslau. Nach einer Meldung der Breslauer „Volkswacht“ sind in Breslau sechs Lastautomobile mit Waffen und Munition beschlagnahmt worden, ebenso ein Personenauto, in dem der Stab dieser Kolonne sich befand. Sämtliche beteiligten Personen sind verhaftet worden.

Selbstmord eines Neberräufers. In Kroschau bei Dessau erschloß sich der 25-jährige Schlosser Schneider, der die Frau seines Freundes Silbermann während einer Geburtstagsfeier verführt hatte und überzastet wurde, auf Befehl seines Freundes in dessen Wegewart.

Ein seltener Geburtstag. In Alt-Wandersheim (Braunschweig) beging die Witwe des früheren Ortsvorstehers Probst, Frau Wilhelmine Probst, ihren 100. Geburtstag. Die Greisin erfreut sich trotz ihres hohen Alters des besten Wohlbefindens.

Millionenstiftung für Wohnungsbauten. Die Herren H. Wölfe und Karl Heyne, Inhaber der Firma H. Wölfe und Co. in Düsseldorf, stifteten 5 Millionen Mark für Kleinwohnungsbauten, davon 3 Millionen für Düsseldorf (Spar- und Bauverein) und 2 Millionen Mark für Bielefeld, wo ihre zweite Fabrik ist. Mit dem Bau dieser Häuser soll sofort begonnen werden.

Bandenüberfall in Steiermark. Wie aus Graz berichtet wird, wollten mehrere Banden Gillersdorf in Steiermark überfallen. Sie feuerten etwa 150 Schüsse ab, wurden jedoch von der Gendarmerie, die Verstärkungen erhalten hatte, zurückgeschlagen und vertrieben. Die Bande schoß sogar auf Kinder, welche Blech hielten. In Gillersdorf wurde ein Haus ganz zerstört.

Dante-Marken in Italien. Das italienische Postministerium gibt besondere Marken zur Dante-Feier heraus. Es sind drei Serien zu 15, 25 und 40 Centesimi. Die erste zeigt einen Adler, der die „Göttliche Komödie“ in den Fängen hält, die zweite stellt die auf dem Thron sitzende Italia dar, die dritte bringt das Bild des dazugehörigen Dante. Ueber die kirchliche Feier am Grabmal Dantes wird berichtet, daß der Patriarch von Venedig mit vielen Bischöfen und Prälaten in Ravenna erschienen war. Der Patriarch hielt eine Predigt, in der er das heilige Kreuz pries und hervorhob, daß Dante in seiner „Göttlichen Komödie“ das Kreuz in begeisterten Worten behandelt habe. In Begleitung aller Bischöfe und Prälaten begab sich der Kardinal nach Erteilung des päpstlichen Segens zum Grabmal Dantes.

Das Unwetter in Nordfrankreich. Das Unwetter, das seit Tagen in Belgien und Frankreich beträchtliche Schäden angerichtet hat, suchte jetzt besonders schwer verschiedene Ortschaften Nordfrankreichs heim. In der Gegend von Ypern wurde von der Kirche von Jantvoorde das Dach durch den Sturm fortgerissen und etwa 100 Meter weit auf den englischen Friedhöfen getragen. Auch eine größere Anzahl von Wohnhäusern wurde hier zerstört.

Gefährliche Langbären. Im Hamburger Zoologischen Garten wurde ein Knabe, der einem Bären eine Kuh reihen wollte, von dem Tier so schwer verletzt, daß ihm ein Arm abgenommen werden mußte. Ein ähnlicher Fall wird jetzt aus Uttenborn (Westfalen) gemeldet. Dort wurde ein zwölfjähriger Knabe von einem Bären, den eine Schaustellertruppe mit sich führte, angefallen und so zugerichtet, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Millionendiebstahl in Wien. Aus der Villa des persischen Juwelenhändlers Agja in Wien wurden Juwelen und andere Wertgegenstände im Werte von drei Millionen gestohlen. — In dem Juwelengeschäft Engel ebenfalls in Wien wurden Brillanten und Diamanten im Werte von sieben Millionen Kronen gestohlen. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Blutige Zusammenstöße in Genf. Zwischen einem Demonstrationenzug der Allgemeinen Gewerkschaften und der Straßenbahnen, die rote Fahnen mitführten, und der Polizei kam es in Genf (Schweiz) zu blutigen Zusammenstößen. Es fielen Schüsse. Die roten Fahnen wurden heruntergerissen. Die Polizei verhaftete mehrere Personen. Einige Beamte und mehrere Demonstranten wurden verletzt.

10 000 leere Wohnungen! Wo? — Leider nicht in Deutschland, dem Lande der Wohnungsnot, sondern in der größten Stadt Amerikas, in New York. Dort herrscht keine Wohnungsnot mehr. Etwa 10 000 Wohnungen sind zu vermieten. Man baut Häuser für 55 Millionen Dollar. — Wirkliches Amerika!

Abgeordneter Diez außer Lebensgefahr. Ueber das Befinden des bei der Ermordung Erzbergers verwundeten Reichstagsabgeordneten Diez wird aus Radolfzell gemeldet, daß Diez sich jetzt außer Lebensgefahr befindet. Die Schußwunde verheilt gut und Diez gehe einer schnellen Genesung entgegen.

Ausbreitung der Ruhrepidemie in Thüringen. Die vor mehreren Wochen in einigen Thüringer Kreisen ausgebrochene Ruhrepidemie breitet sich immer weiter aus. In dem weimarischen Dorfe Tiefenort sind allein bisher 35 Personen gestorben. Sämtliche Schulen sind geschlossen. Die Regierung hat einschneidende Maßnahmen angeordnet, um die Epidemie zu bekämpfen.

Gewaltsame Gefangenenerfreung in Hameln. In Hameln waren vier Arbeiter wegen Landfriedensbruch verhaftet worden, weil sie bei einer Demonstration die schwarz-weiß-roten Fahnen von einem Lokal heruntergeholt hatten. Infolgedessen zog die Arbeiterkraft der größten Betriebe durch die Stadt und besetzte die Verhafteten gewaltsam aus dem Gefängnis.

Hindenburg in Oldenburg. Eine der wenigen erlaubten Regimentsfeiern fand in Oldenburg unter Teilnahme Hindenburgs statt. Schon vor der angelegten Ankunft des Generalfeldmarschalls hatte sich eine große Menschenmenge vor dem Bahnhof postiert. Als der Feldmarschall mit dem Sonderzuge antraf, wurde er unter Hochrufen von den Anordnungen des Vereins der ehemaligen Uler und den verschiedenen Landwehreinrichtungen begrüßt. Schillinger sangen vaterländische Lieder. Der Generalfeldmarschall wurde im Rathaus von den hiesigen Kollegien empfangen. Der Besuch Hindenburgs fand aus Anlaß des Regimentsappells des 91. Infanterie-Regiments statt.

Ein tödlicher Automobilunfall. Der Direktor der Niederbarnimer Siedlungs-Gesellschaft, Straube, fuhr in Begleitung zweier Kräfte von Berlin nach Wehlse, um dort Siedlungsarbeiten zu besichtigen. Auf der Strecke zwischen Heindorf und Wehlse verunglückte die Steuerung des Wagens. Das Automobil überschlug sich. Während die beiden Insassen auf den weichen Uferboden neben der Landstraße unverletzt zu liegen kamen, stürzte Direktor Straube so unglücklich, daß er auf dem Wege zum Krankenhaus seiner Verletzungen erlegen ist.

Verständigung im Meuselwitzer Streikrevier. Im Kohlenarbeiterstreik des Meuselwitzer Reviers ist es zu einer Verständigung gekommen, da der Obersteiger, der das Unglück am 28. Mai verursacht haben soll, und dessen Entlassung von den Belegschaften gefordert worden war, auf seine Wiedereinstellung verzichtet hat.

Kleine Nachrichten.

In Blech explodierte unter starkem Getöse am Ario-gerdenkmal eine Ladung Sprengstoff, das Denkmal selbst aber blieb unbeschädigt.

In der letzten Potsdamer Stadtverordneten-Sitzung wurden 5000 Mark für die Ruffenshilfe bewilligt. Der Magistrat Potsdam hat diesem Stadtverordnetenbeschluss nicht zugestimmt.

Die Verhandlungen über die Lohnhöhungen in den oberhiesigen Großindustrie führten zu einer Einigung. Die neuen Lohnsätze gelten ab 1. September.

In Motten (Rhön) wurde dem Wärtner Schumann, der zur Nachtzeit die Obstbäume bewachte, von Dieben die Schädeldecke zertrümmert. Die Täter sind flüchtig.

Große Manöver der amerikanischen Truppen haben in der Eifel begonnen. Sie werden bis Ende Oktober dauern.

Die Berliner Viehmärkte konnten am Sonnabend infolge des Streiks nicht abgehalten werden.

Der für die Hamburg-Amerika-Linie erbaute Passagierdampfer „Bavaria“, dessen Räume fast ausschließlich für die Reisenden dritter Klasse bestimmt sind, hat seine Reise nach New York angetreten.

Im Woolwicher Arsenal in London erfolgte auf bisher ungeklärter Ursache eine große Explosion, bei der ein Arbeiter getötet und zwei verletzt wurden.

Sport und Verkehr.

Einstellung des Flugbetriebs Danzig — Ostpreußen — Berlin. Der auf der Strecke Danzig — Ostpreußen — Berlin von der Danziger Luftpostgesellschaft ausgenommene Flugbetrieb hat wieder eingestellt werden müssen, da der Gesellschaft durch die in Danzig weilende Entente-Kommission nur noch sämtliche Ersatzmotoren zerstört worden sind. Der Einspruch der Gesellschaft, daß dieses Gerät nicht der Verpflichtung zur Herstellung unterliege, war nutzlos. Die Gesellschaft hofft aber nach Klärung der Luftverkehrsfrage in Genf, wo gegenwärtig durch den Danziger Senatspräsidenten und den Oberkommissar des Völkerbundes auch hierüber verhandelt wird, den vollen Betrieb wieder aufnehmen zu können.

Der Väderflugdienst. Auf den stark in Anspruch genommenen Väder-Flugpostlinien Hamburg — Westerland und Bremen — Wangerode wird der Betrieb bis zum 30. September einschließlich fortgesetzt. Die Flugpost Hamburg — Westerland verkehrt jetzt in jeder Richtung nur noch einmal täglich. Am 1. Oktober verkehrt noch ein Flugzug von Westerland nach Hamburg. Die Flugpost Kiel — Travemünde — Warnemünde — Sahnitz — Swinemünde wird erst mit Ablauf des 21. September aufgehoben. Am 22. September findet noch ein Flug Kiel — Travemünde — Warnemünde statt.

Die Saaletafelperron. Die Vorarbeiten für die großen Saaletafelperron sollen jetzt in Angriff genommen werden. In Aussicht genommen ist eine Tafelperron bei Saalburg, eine bei Hohenwarte und eine kleine Ausgleichsperron unmittelbar unterhalb Hohenwarte mit einem Gesamtlängsvermögen von etwa 400 Millionen Kubikmeter. Die Anstauung wird bei den beiden großen Sperron etwa 25 Kilometer lang sein. Der eine Staudamm soll eine Höhe von 75 Meter, der andere von 65 Meter erhalten. Die Tafelperron werden den doppelten Zweck zu erfüllen haben: 1. wird das in wasserreicher Zeit für Zeiten der Trockenheit angesammelte Wasser der Industrie und 2. der Saale-Schiffahrt dienlich gemacht werden.

Bereine und Versammlungen.

Deutscher Statistikerkongress. Die 30. Konferenz der deutschen Statistiker wurde in Halle eröffnet. Das Hauptthema über die erste Volkszählung in Deutschland nach dem Kriege behandelte Prof. Schöbbergen. Er führte aus, daß ursprünglich die Volks- und Berufszählung am 1. Dezember ds. J. und die

